

03

Annekatriin Klepsch
**Das Ringen um
 öffentlichen Raum
 in Dresden**

03

Andreas Naumann
**Die Wahlen zum
 Ausländerbeirats**

04

Stellenausschreibungen
**Geschäftsführer/in
 Referent/in gesucht**

06
 14

DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



J u n i 2 0 1 4

Signale aus Dresden

Nach der erfolgreichen Kommunalwahl hat sich die Fraktion DIE LINKE konstituiert und erste wesentliche Entscheidungen getroffen. Der Dresdner Rechtsanwalt André Schollbach wurde ohne Gegenstimmen erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Der 35-jährige Jurist steht bereits seit dem Jahr 2007 an der Spitze der LINKEN im Dresdner Stadtrat. Max Kretzschmar sprach mit ihm über die veränderten politischen Verhältnisse in der sächsischen Landeshauptstadt.

In Dresden hat DIE LINKE bei der Kommunalwahl deutlich zugelegt, während die CDU Verluste hinnehmen musste. Was bedeutet dieses Wahlergebnis für die Stadt?

Wir haben es geschafft, drei Mandate hinzuzugewinnen. Gleichzeitig hat die CDU ihr schwächstes Ergebnis bei einer Stadtratswahl seit 1990 erhalten. Nach einem Vierteljahrhundert CDU-Dominanz in Dresden besteht nun die Möglichkeit der Bildung einer Ratsmehrheit jenseits der CDU. Damit ist das Wahlergebnis ein für uns anspruchsvolles. Denn mit den neuen Verhältnissen im Stadtrat ist eine größere Verantwortung für DIE LINKE verbunden. Wir haben nun die Aufgabe und die Möglichkeit aktiv zu gestalten. Dazu gehört es, sowohl Fehlentwicklungen der bisherigen Ratsmehrheit zu korrigieren, als auch neue Impulse zu setzen. Gegenwärtig führen wir Gespräche mit den Grünen und der SPD. Unser Ziel ist die Bildung einer fortschrittlichen Gestaltungsmehrheit im Dresdner Stadtrat.

Wie ist der Stand dieser Gespräche und wann ist mit Ergebnissen zu rechnen?

Da wir uns mitten in den Verhandlungen befinden, bitte ich um Verständnis, dass dazu keine Wasserstandsmeldungen abgegeben werden. Insgesamt bin ich optimistisch, dass wir zu einer vernünftigen Vereinbarung über eine politische Zusammenarbeit gelangen werden. Denn in wesentlichen Fragen bestehen erkennbar inhaltliche Schnittmengen. Es gibt erfahrene Ratsmitglieder bei LINKEN, Grünen und SPD, die bereits in einigen wichtigen Fragen erfolgreich zusammengearbeitet haben. Wir wollen jetzt aber keine Schnellschüsse produzieren, die dann später zu eigentlich vermeidbaren Problemen führen. Die Verhandlungen werden deshalb noch einige Wochen in Anspruch nehmen.

Hat das Wahlergebnis eine Bedeutung über die Stadt hinaus?



Von Dresden als sächsischer Landeshauptstadt kann eine politische Signalwirkung für weitergehende Veränderungen ausgehen. Auch aus diesem Umstand ergibt sich eine besondere Verantwortung, die sich aus dem Wahlergebnis ergebenden Möglichkeiten zu nutzen. Viele Menschen setzen Hoffnungen in uns, die dürfen wir nicht enttäuschen.

DIE LINKE hat nicht erst im Wahlkampf das Thema des bezahlbaren Wohnens in den Mittelpunkt gestellt. Haben die anderen Parteien, insbesondere die CDU, die Relevanz dieses Themas unterschätzt?

CDU und FDP warnen aufgeregt vor einer Neuverschuldung der Stadt durch Rot-Rot-Grün. Was sagt DIE LINKE dazu?

Dresden ist schon jetzt nicht schuldenfrei. Notwendige Ausgaben wurden unter der Ägide der CDU in städtische Gesellschaften ausgelagert, die dann ihrerseits Kredite dafür aufnehmen mussten. Die Stadt bürgt wiederum für diese Kredite in Höhe von 650 Millionen Euro und ist damit in der Haftung. Nur soviel zur angeblichen Schuldenfreiheit. Wir werden mit den städtischen Finanzen selbstverständlich vernünftig umgehen. Dazu gehört, dass keine Kredite aufgenommen werden, um das Geld zu verfrühstücken und laufende Kosten zu finanzieren. Hingegen ist bei größeren Investitionen zu prüfen, inwieweit eine Kreditfinanzierung angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase wirtschaftlich sinnvoll ist. Übrigens: Fast jeder private Häuslebauer und die meisten Unternehmen finanzieren Investitionen, die sich nachhaltig auszahlen und lange Wirkung entfalten, mit Krediten.

Nach der Kommunalwahl gibt es zwar neue politische Verhältnisse im Stadtrat, aber die Verwaltungsspitze wird noch bis zum Sommer 2015 CDU-dominiert sein. Was bedeutet das für die Entscheidungsprozesse?

Von Oberbürgermeisterin Helma Orosz und den Beigeordneten erwarten wir, dass sie den Wählerwillen achten, die neuen Verhältnisse im Stadtrat respektieren und uns weder Stöckchen noch Steine in den Weg legen. Im Interesse der Entwicklung Dresdens ist es geboten, dass die Entscheidungen des neu gewählten Stadtrates ordnungsgemäß umgesetzt und nicht behindert werden. Es wäre wünschenswert, ein sachliches und an Sachfragen orientiertes Arbeitsverhältnis zu pflegen. Dazu reiche ich der Oberbürgermeisterin die Hand.

Die steigenden Mieten sind ein zentrales politisches Thema in Dresden. Die Wohnkosten sind nicht nur für Geringverdiener ein Problem, sondern zunehmend auch für die Mittelschicht. Durch Fehlentscheidungen der konservativen Stadtratsmehrheit wurden in den vergangenen zehn Jahren 8.000 Wohnungen abgerissen. Der Freistaat Sachsen hat zudem jahrelang den Abriss von Wohnraum mit Steuergeldern subventioniert. Die CDU hat damit Politik im Interesse der Miethaie gemacht. Anschließend predigte sie, die private Immobilienwirtschaft werde das Problem der steigenden Mieten lösen. Für diese falsche Politik hat sie nun die Quittung bekommen.

Wir wollen gestalten



Foto: Max Kretschmar

15 Stadträtinnen und Stadträte gehören der neuen Fraktion an

Zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014 konnte DIE LINKE in der sächsischen Landeshauptstadt 20,9 Prozent und damit 15 Mandate (2009: 12 Mandate) erringen. Somit ist die Partei erneut zweitstärkste Kraft geworden, konnte den Abstand zur CDU deutlich verringern und hat wesentlich dazu beigetragen, dass nun die Bildung einer Rats-

mehrheit jenseits der CDU möglich ist. DIE LINKE nimmt ihre sich aus dem Wahlergebnis ergebende gestiegene Verantwortung ernst. Deshalb wurden in den vergangenen Tagen bereits erste Gespräche mit Grünen, SPD und Piraten mit dem Ziel der Bildung einer fortschrittlichen Gestaltungsmehrheit im Dresdner Stadtrat geführt.

Am 03. Juni hat sich die Fraktion DIE LINKE konstituiert und erste wesentliche Entscheidungen getroffen. Der Dresdner Rechtsanwalt André Schollbach wurde ohne Gegenstimmen erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. Der 35-jährige Jurist steht bereits seit dem Jahr 2007 an der Spitze der Fraktion DIE LINKE. Zur stellver-

tretenden Fraktionsvorsitzenden wurde ebenfalls ohne Gegenstimmen Dr. Margot Gaitzsch gewählt. Die 60-jährige Dozentin übte dieses Amt bereits in der vergangenen Wahlperiode aus. Als weitere Mitglieder des Fraktionsvorstands wurden Dr. Kris Kaufmann (37), „Neu-Stadträtin“ Kerstin Wagner (35) und Tilo Kießling (43) gewählt.

Neues aus den Ortsbeiräten und Ortschaftsräten - Heute: Gompitz Motive und Bedingungen im Ehrenamt

Das ist typisch Gompitz. Auch in der Juni-Sitzung „volles Haus“: Es sind wohl 30 Besucherinnen und Besucher zur Ortschaftsratssitzung gekommen. Und sie bleiben bis zum Schluss. Und sie nehmen wie selbstverständlich an der Debatte teil. Und ihre Anliegen bilden den ersten Tagesordnungspunkt. Sofort schält sich ein aktuelles Hauptthema heraus. Es werden Beobachtungen und Folgen des Starkregens in den vergangenen Tagen benannt: Aus Steinbach, Unkersdorf, Kaufbach, an der Podemuser Straße, am Reiterhof „Karpriole“, an der Ockerwitzer Allee... Man kennt sich aus, die Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte haben sofort ein aktuelles Lagebild. Das hängt dann ganz natürlich zusammen mit einem späteren Thema: Der städtischen Analyse zu den Hochwasserereignissen 2013. Da übt man sogar „Selbstkritik“. Ursprünglich hatten manche in Gompitz die Pläne und dann die realen Bauten von Rückhaltebecken skeptisch gesehen, weil überdimensioniert. Nun die Erfahrung: Beim Starkregen haben sie gut funktioniert.

Diese Beratung des Gompitzer Ortschaftsrates ist stark vom Thema Ehrenamt geprägt. Und schon der erste Teil zeigt: Wo BürgerInnen das Gefühl haben, dass es um die eigenen Angelegenheiten geht, engagieren sie sich, auch z.B. mit dem abendlichen Besuch und dem „Mitmachen“ im Ortschaftsrat.

Ein gesonderter Tagesordnungspunkt befasst sich mit dem städtischen „Konzept zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements“. Die Sprecherin des Bildungsbüros erläutert, dass gemeinsam mit etwa 30 Experten und mit



Foto: Rolf Kühnast, pixelio.de

aktiver Bürgerbeteiligung nun nach jahrelangen Vorstößen und Ansätzen ein umfassendes Projekt entwickelt worden ist, mit dem die Vielfalt der ehrenamtlichen Arbeit und die Vielzahl von Vereinen, Organisationen und Bürgerinnen und Bürgern erfasst, gefördert und gewürdigt werden sollen. Auch mehr Geld wird dafür nötig sein: Ein Punkt für den nächsten Doppelhaushalt. Z. B. für mehr Ehrenamtspässe, deren Zahl in diesem Jahr auf 2.500 steigt und die gewiß noch mehr Dresdnerinnen und Dresdner verdienen. Ein Schwerpunkt ist die Information aller Interessierten und Beteiligten. Ein Netzwerk entsteht, im wörtlichen Sinne im Internet unter „dresden.de/engagiert-in-dresden“ für jedermann zugänglich und nutzbar. Die Ortschaftsräte und Gompitzer Bürgerinnen und Bürger interessier-

ten sich dafür, wer berechtigt ist, einen Ehrenamtspass zu erhalten, wer dazu jemand vorschlagen kann, welche Vereine mitmachen dürfen usw. Intensiv besprochen wurden auch Vesicherungsfragen in ehrenamtlicher Tätigkeit. Kurzum: Deutlich wurde, dass für breites ehrenamtliches Mitwirken auch Organisation, gute Bedingungen, Würdigung und auch Finanzen gesichert sein müssen.

Dann brachte ein „Millionär“ eine These zum Thema Ehrenamt und Geld ein. Der Chef der Städtischen Bibliotheken verwies mit Stolz auf 5,6 Millionen Ausleihen im Jahr: Eine Zahl, die ansonsten nur Millionenstädte erreichen. Und er behauptete anhand eigener Erfahrungen mit Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern, die übrigens wesentlich zum genannten Millionenerfolg beitragen: Es sind vor allem Emotionen, die motivieren:

„Wir machen was Gutes.“, „Wir haben dadurch neues Leben und neue Freunde gefunden.“ Das sagen z. B. Bürgerinnen und Bürger, die sich als Vorleser im Projekt Leseförderung beteiligen oder als Hausdienst Bücher zu Menschen bringen, die nicht selbst in die Bibliothek kommen können. Und immer wieder beeindruckt der Bibliothekschef mit der Mitteilung, dass es in Dresden sogar Wartelisten für diese Ehrenämter gibt. Wobei er betont, dass die Bedingungen dafür natürlich professionell geschaffen werden müssen. In der Diskussion erlebt man ein Beispiel: Eine Bürgerin schildert ihre eigenen besten Erfahrungen mit ihren Kindern und aus der Schule mit der Aktion Lesestark. Nun würde sie auch gern Vorleserin werden. Prof. Flemming freut sich und weist den Weg. Eine Ortschaftsrätin wirft ein, ob sie sich denn nicht fürs Vorlesen u.ä. im Gompitzer Seniorenkreis erwärmen könne. Vielleicht wird's ein neues Ehrenamt in der Ortschaft.

Zum Schluss. Die Legislaturperiode geht zu Ende. Für manche Ortsbeirätinnen und OrtschaftsrätInnen bedeutet das auch Ausscheiden aus dem Ehrenamt. In Gompitz betrifft das z. B. Rainer Kürbis, der dort DIE LINKE viele Jahre vertreten hat. Mit welcher Haltung verdeutlicht auch dies: Der Ortsvorsteher fragt, ob er trotzdem den Ortschaftsrat noch einmal auf einer städtischen Beratung zum Radwegeplan vertreten werde. Selbstverständlich macht er das; gerade auch zu diesem Thema hat er jahrelang erfolgreich in der Ortschaft gewirkt.

Peter Rosse

Possenspiel statt Straßenmusik

Das Ringen um den öffentlichen Raum in Dresden

von Annetrin Klepsch

Die Stadt Dresden und ihre RepräsentantInnen verweisen gern und oft auf die Bedeutung als Stadt der Musik, angesichts der Institutionen Philharmonie, Staatskapelle, Musikfestspiele, Dixieland, Musikhochschule und zahlreicher Profi- und Laienchöre zu Recht. Bevor jedoch Richard Wagner in Dresden dirigierte, Ludwig Güttler trompetete oder Carl-Maria von Weber komponierte und das Bürgertum musikalisch erbaute, gab es Straßenmusik. Die Geschichte der Straßenmusik ist auch eine kulturelle Straßengeschichte und in Dresden mindestens so alt wie der fast 800-jährige Kreuzchor. Fahrende Sänger und Spielleute waren die Vorläufer der Theater, der Zeitung und des Radios. Kulturhistorisch betrachtet ist Straßenmusik auch eine Form der Volkskultur, jedem zugänglich, da im öffentlichen Raum stattfindend und im direkten Austausch mit den RezipientInnen, die bestenfalls gehen, wenn sie des Dargebotenen überdrüssig sind.

Straßenmusik wird von Menschen gemacht, die keine geregelte Anstellung als MusikerInnen haben, die sich und ihr Instrument mitunter ausprobieren wollen oder die schlicht auf die Groschen



Foto: woti61, pixelio.de

der PassantInnen angewiesen sind, weil sie beispielsweise noch studieren.

Bis zum vergangenen Jahr fristete die Straßenmusik in der kulturpolitischen Betrachtung der Stadt ein Nischendasein, war mehr oder weniger geduldet und ist formal immer noch Angelegenheit der Straßenverkehrsbehörde des Straßen- und Tiefbauamtes. Dieses sah sich aufgrund von Beschwerden genötigt zu reagieren und einer vermeintlich ausufernden Straßenmusik Einhalt zu gebieten. Bei näherer Betrachtung stellt sich heraus, dass die Straßenverkehrsbehörde bundesweit recherchiert, wie andere Großstädte die Straßenmusik re-

geln und sich für das Beispiel München mit sehr rigiden Regeln entschieden hat.

Herausgekommen ist ein Regelkatalog, der den bürokratischen Aufwand für die Verwaltung und die StraßenmusikerInnen erhöht. Laute Instrumente sind von vornherein verboten. Nur mit einer Sondernutzungserlaubnis, die im Straßen- und Tiefbauamt gegen eine Gebühr von 5 Euro für denselben Tag erhältlich ist, darf pro MusikerIn zwei Mal pro Woche in der Innenstadt an ausschließlich sieben bestimmten Plätzen musiziert werden. Im Zeitraum 1. November bis Anfang Januar soll Straßenmusik gleich ganz verboten werden, offenbar damit

die allseitige öffentliche Beschallung mit Weihnachtsschlagern von diversen Weihnachtsmärkten nicht beeinträchtigt wird.

Dass die Zulassung von Straßenmusik zu bestimmten Tageszeiten oder an sensiblen Orten wie Wohnvierteln einer Regelung bedarf und eine Angelegenheit des Schutz vor Lärm ist, ist evident. Anstatt jedoch nach praktikablen Lösungen zu suchen, die Straßenmusik in künstlerischer Vielfalt ermöglichen, reagiert die Dresdner Verwaltung repressiv. Sich Dresdens Partnerstadt Hamburg als Beispiel zu nehmen, hätte gelohnt. In Hamburg sind nämlich leise Instrumente grundsätzlich und ohne Genehmigung und Gebühr erlaubt und nur für laute Instrumente – die Dresden ganz verbieten will – ist eine Erlaubnis notwendig.

Der Kulturausschuss des Stadtrates hat in seiner Juni-Beratung die Verwaltung „Zurück auf Los!“ geschickt, denn es droht aus dem Vorgang eine Provinzposse zu werden. Statt rigoroser Begrenzung sollte die Verwaltung nach weiteren geeigneten Plätzen suchen, die viele Fußgänger, jedoch kaum Anwohner aufzuweisen haben, beispielsweise die Augustusbrücke oder das Terrassenufer.

annetrin.klepsch@dielinke-dresden.de

Ausländerbeirat und Ausländerbeiratswahlen

Die Wahlen zum Ausländerbeirat

von Andreas Naumann

Parallel und fast unbemerkt fand in Dresden am 25.5.2014 neben der Kommunal- und Europawahl eine weitere Wahl statt: Jene zum Dresdner Ausländerbeirat. In vier Wahllokalen gab es zusätzliche Wahlräume für alle in Dresden lebenden Ausländerinnen und Ausländer, weil sie nicht wie Bürgerinnen und Bürger mit deutschem Pass wählen dürfen. Manche von ihnen leben schon seit vor der Wende in Dresden, zahlen Steuern, haben aber kein Wahlrecht.

An der diesjährigen Ausländerbeiratswahl haben sich zehn Prozent der hier lebenden Migrantinnen und Migranten beteiligt und aus den 40 KandidatInnen elf Beiratsmitglieder gewählt. Das ist eine Steigerung der Wahlbeteiligung um ein Prozent. Einige der „alten“ Mitglieder sind nicht mehr angetreten oder wurde nicht wiedergewählt, so dass etwa die Hälfte des Beirats mit neuen Mitgliedern besetzt ist. Nachdem in der noch bestehenden Wahlperiode nur eine Frau in diesem Gremium saß, hat sich ihr Anteil nun wenigstens auf zwei Frauen erhöht. Vor ihnen und den neun gewählten Stadträtinnen und Stadträten steht in den kommenden fünf Jahren die nicht leichte Aufgabe, die Integration hier lebender ausländischer Menschen so um-

zusetzen, dass sie in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens spürbar ist. Hier stehen wir immer noch am Anfang. Es muss die Frage nach den Asylunterkünften neu behandelt werden, weil auf die Stadt eine viel größere Anzahl Flüchtlinge zukommt, als es bisher der Fall war. Dies angesichts des weniger werdenden Wohnraums. Das Verhältnis zwischen Stadt und Land muss in der Ausländerpolitik auf die Tagesordnung. Und neben vielen operativen Themen steht der Ausländerbeirat vor der Diskussion und Lösung der Besserbehandlung der reichen ausländischen MitbürgerInnen und der Schlechterbehandlung der armen Migrantinnen und Migranten.

Ausländerbeiräte sind im Prozess der gesellschaftlichen „Umwälzungen“ in der BRD seit 1973 entstanden und existieren heute in unterschiedlichen Varianten in rund 500 deutschen Gemeinden. Einige Bundesländer schreiben dieses politische Gremium für Orte ab 5.000 EinwohnerInnen sogar gesetzlich vor. In Sachsen räumt die Landesgemeindeordnung die Einrichtung eines solchen Beirates auf freiwilliger Basis ein. Davon haben seit der Wende nur vier Kommunen gebrauch gemacht. Der erste sächsische Ausländerbeirat wur-



Foto: Rike, pixelio.de

de schon zu Beginn der 1990er Jahre in Zittau gebildet. Es folgte Mitte der 90er Jahre der von Dresden und erst viele Jahre später die Beiräte in Chemnitz und Leipzig. Die Besonderheit des Dresdner Ausländerbeirats ist, dass er nach hartem Kampf mit der Verwaltung von Anfang an gewählt wurde. Die Zusammensetzung der Beiräte in den anderen drei Kommunen wurde von den jeweiligen Stadtverwaltungen bestimmt.

Wie in fast allen anderen Bundesländern bemühen sich die sächsischen Ausländerbeiräte seit Jahren um ein analoges Gremium auf Landesebene. Bisher ohne großen Erfolg. Nach den Landtagswahlen im August 2014 werden diese Forderungen wieder neu gestellt.

andreas.naumann@dielinke-dresden.de

Wir suchen für die Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat zur Verstärkung unseres Teams zum 5. September 2014

eine/-n Fraktionsgeschäftsführerin/-geschäftsführer

in Vollzeit (40 Wochenstunden).

Zu Ihren Aufgaben gehören u.a.:

- Organisation des Geschäftsstellenbetriebs der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat,
- Verwaltungsaufgaben der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat,
- Konzeption und organisatorische Begleitung von Veranstaltungen und Tagungen der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat,
- administrative, organisatorische und inhaltliche Unterstützung der Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat,
- Buchhaltung der Finanzen der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat
- Koordination der Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und anderen Ratsfraktionen

Von der Bewerberin/dem Bewerber erwarten wir:

- abgeschlossenes Universitätsstudium
- großes Interesse an Kommunalpolitik
- Personalführungskompetenz
- organisatorische und konzeptionelle Fähigkeiten
- einen kommunikativen und teamorientierten Arbeitsstil
- sehr gute mündliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit, verbunden mit einem sicheren, verbindlichen Auftreten
- Erfahrung in Verwaltung, Politik und in der Öffentlichkeitsarbeit
- Politisches Denken und die Bereitschaft, die Politik der LINKEN zu vertreten
- die Bereitschaft zu flexibler Arbeitszeitgestaltung, hohe Motivation und Eigeninitiative
- einen sicheren Umgang mit modernen Informations- und Kommunikationstechniken

Eine Identifikation mit den politischen Zielen der Fraktion DIE LINKE. wird vorausgesetzt.

Geboten werden:

- ein befristetes Beschäftigungsverhältnis für die Wahlperiode 2014 - 2019;
- eine Vollzeitstelle mit regelmäßiger Wochenarbeitszeit von 40 Stunden
- Vergütung nach TVöD

Die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat fördert aktiv die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern und ist bestrebt, den Frauenanteil in Funktionsebenen, in denen diese unterrepräsentiert sind, zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. Des Weiteren möchte die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat Interessentinnen und Interessenten mit Migrationshintergrund besonders zur Bewerbung ermutigen.

Die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat sieht sich der Gleichstellung von schwerbehinderten und nicht schwerbehinderten Beschäftigten in besonderer Weise verpflichtet und begrüßt deshalb Bewerbungen schwerbehinderter Menschen. Schwerbehinderte Bewerber/innen werden nach Maßgabe des SGB IX bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den vollständigen Unterlagen richten Sie bitte per E-Mail bis spätestens 18. Juni 2014 (24:00 Uhr) an:

linke-fraktion@dresden.de

Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat
Dr. Külz-Ring 19
01067 Dresden

Wir suchen für die Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat zur Verstärkung unseres Teams zum 5. September 2014

eine/-n Referent/in

in Vollzeit (40 Wochenstunden).

Zu Ihren Aufgaben gehören u.a.:

- Verwaltungsaufgaben der Geschäftsstelle der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat,
- organisatorische Begleitung von Veranstaltungen und Tagungen der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat,
- administrative Unterstützung der Stadträtinnen und Stadträte der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat,
- Buchhaltung der Finanzen der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat

Von der Bewerberin/dem Bewerber erwarten wir:

- mindestens abgeschlossenes Fachhochschulstudium
- organisatorische Fähigkeiten
- Bereitschaft zum selbstständigen weisungsgebundenen Arbeiten
- einen kommunikativen und teamorientierten Arbeitsstil
- Erfahrung in Verwaltung und Politik
- großes Interesse an Kommunalpolitik
- die Bereitschaft zu flexibler Arbeitszeitgestaltung, hohe Motivation und Eigeninitiative
- einen sicheren Umgang mit modernen Informations- und Kommunikationstechniken

Eine Identifikation mit den politischen Zielen der Fraktion DIE LINKE. wird vorausgesetzt.

Geboten werden:

- ein befristetes Beschäftigungsverhältnis für die Wahlperiode 2014 - 2019;
- eine Vollzeitstelle mit regelmäßiger Wochenarbeitszeit von 40 Stunden
- Vergütung nach TVöD

Die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat fördert aktiv die berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern und ist bestrebt, den Frauenanteil in Funktionsebenen, in denen diese unterrepräsentiert sind, zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen sind daher ausdrücklich erwünscht. Des Weiteren möchte die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat Interessentinnen und Interessenten mit Migrationshintergrund besonders zur Bewerbung ermutigen.

Die Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat sieht sich der Gleichstellung von schwerbehinderten und nicht schwerbehinderten Beschäftigten in besonderer Weise verpflichtet und begrüßt deshalb Bewerbungen schwerbehinderter Menschen. Schwerbehinderte Bewerber/innen werden nach Maßgabe des SGB IX bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Ihre aussagekräftige Bewerbung mit den vollständigen Unterlagen richten Sie bitte per E-Mail bis spätestens 18. Juni 2014 (24:00 Uhr) an:

linke-fraktion@dresden.de

Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat
Dr. Külz-Ring 19
01067 Dresden